



Werkstatt Bundestag

# RECHT AUF KITA AB EINS!

Besser für alle Kinder und Familien



[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## **2013 kommt der Rechtsanspruch**

Der Bund will den Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben. Damit Kommunen und Länder mit dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe nicht allein dastehen, wird sich der Bund nennenswert und dauerhaft an den Kosten von Bildung und Betreuung für die unter Dreijährigen beteiligen. Darauf hat sich der Koalitionsausschuss am 14. Mai 2007 verständigt. Somit ist uns der Durchbruch beim Ausbau der Kinderbetreuung gelungen. Die Einigung bringt Deutschland voran: Mehr und bessere Kitas bedeuten bessere Bildungschancen für alle Kinder. Für Eltern schaffen wir die lange überfällige Wahlfreiheit. Ihnen wird es endlich möglich, Familie und Beruf zu vereinbaren.

## **Die vereinbarten Eckpunkte basieren auf dem SPD-Familienkonzept.**

### **1. SPD-Forderung auf Rechtsanspruch durchgesetzt!**

Die Union hatte den Rechtsanspruch über Wochen abgelehnt. Es ist gut, dass die SPD-Bundestagsfraktion sie überzeugen konnte. Denn nur der Rechtsanspruch gibt Eltern die Sicherheit, auch tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Außerdem wird so sichergestellt, dass die Länder die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auch wirklich in den Ausbau von Krippen und Kitas investieren.

### **2. Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten erreicht!**

Auch dies ist eine zentrale Forderung der SPD-Bundestagsfraktion. Nur mit einer Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten wird es tatsächlich zu dem angestrebten Ausbau durch Kommunen und Länder kommen. Mit der von Ursula von der Leyen ursprünglich beabsichtigten Beteiligung des Bundes an den reinen Investitionskosten wäre niemandem wirklich geholfen gewesen. Denn diese machen nur einen Bruchteil der Kosten aus. Der Löwenanteil sind Personal- und damit Betriebskosten.



### **3. SPD-Forderung nach Berücksichtigung der ostdeutschen Länder erfüllt!**

Auch die neuen Länder, die alle bereits über ein gutes Kinderbetreuungsangebot verfügen, werden angemessen berücksichtigt. Das ist fair. Denn es können nicht die leer ausgehen, die schon seit langem aus eigener Kraft in Bildung und Betreuung investieren.

### **4. Vorfahrt für den Ausbau**

Das Gesetzgebungsverfahren kommt noch in dieser Legislaturperiode! Darauf hat sich die Koalition geeinigt und auch dies entspricht unseren Vorstellungen. Denn beim Ausbau der Kinderbetreuung gibt es keine Zeit zu verlieren. Wenn der Rechtsanspruch ab 2013 gilt, muss der Ausbau jetzt beschleunigt und verstärkt werden. Damit die Gemeinden so schnell wie möglich anfangen können.

Jetzt müssen die noch offenen Fragen geklärt werden, damit wir sobald wie möglich mit dem Gesetzgebungsverfahren beginnen können. Hierzu hat am 14. Juni 2007 eine Arbeitsgruppe bestehend aus Familien-, Finanz- und Haushaltspolitikern und -politikerinnen der SPD und der Union aus Bund und Ländern ihre Tätigkeit aufgenommen.

### **Moderne Familienpolitik gibt's nur mit uns!**

In Sachen Kinderbetreuung ist die SPD-Bundestagsfraktion der verlässliche Partner für die Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen seit langem für gleiche und bessere Bildungschancen für Kinder und echte Wahlfreiheit für Eltern.

Die Union hält weiter an einer Familienpolitik für Deutschland fest, die die Alleinverdienerfamilie als Leitbild hat. Diese Lebensform wird seit Jahrzehnten mit einer Vielzahl an finanziellen Hilfen wie dem Ehegattensplitting und der beitragsfreien Mitversicherung des Ehegatten in der gesetzlichen Krankenversicherung unterstützt. Die Union verkennt, dass diese Schwerpunktsetzung nicht erfolgreich war.

Dass die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit einhergehen kann mit mehr Kindern, besserer Bildung und einem Wachstumsplus, zeigen uns unsere europäischen Nachbarn. Wo die Kinderbetreuung stimmt, gehen mehr Frauen arbeiten - und bekommen mehr Kinder! Schweden, Finnland, Großbritannien und die Niederlande führen uns das eindrucksvoll vor. Besser abgeschnitten bei PISA haben sie obendrein.

Diese gesellschaftliche Wirklichkeit will die Union immer noch nicht wahrhaben. Anders lassen sich ihre Forderungen nach einer Verlängerung des Elterngeldes oder der Einführung eines Betreuungsgeldes nicht erklären.

Die Bildungschancen der Kinder würden sich dadurch massiv verschlechtern. Mit dem Betreuungsgeld würden nämlich ausgerechnet die Kinder aus der Kita ferngehalten, die am dringendsten auf die individuelle Forderung durch Erzieherinnen und Erzieher angewiesen sind: Kinder aus benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund. Auch die Chancen der Mütter auf angemessene Beschäftigung und berufliche Entwicklung würden sich verschlechtern, wenn sie der Verlockung erliegen, länger zu Hause zu bleiben.

Die Fortsetzung solcher traditionellen Familienpolitik ist mit uns nicht zu machen. Und sie entspricht nicht den Vorstellungen der jungen Menschen.



\*vorläufige Ergebnisse, Stand März 2006 | Quelle: Statistisches Bundesamt

„Werkstatt Bundestag“ berichtet über laufende Entscheidungsprozesse. Bearbeitungsstand dieser Veröffentlichung ist der 27.06.2007.

Impressum | Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB  
Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gesamtherstellung: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit  
Fotos: © bilderbox.com

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.